



www.laender-analysen.de/ukraine

COVID-19 UND ZIVILGESELLSCHAFT OLIGARCHEN IM FORBES-RATING 2019

■ ANALYSE		
Relevant und resilient? Die ukrainische Zivilgesellschaft in der Krise		2
Von Susann Worschech (Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder)		
■ UMFragEN		
Zivilgesellschaft in Zeiten von Covid-19		6
■ STATISTIK		
Die Verbreitung von Covid-19 in der Ukraine		9
■ CHRONIK		
Covid-19-Chronik, 11. Mai – 25. Mai 2020		11
■ RATING		
Oligarchen im Forbes-Rating 2019		13
■ CHRONIK		
11. – 25. Mai 2020		14

Relevant und resilient? Die ukrainische Zivilgesellschaft in der Krise

Von Susann Worschech (Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder)

DOI: [10.31205/UA.235.01](https://doi.org/10.31205/UA.235.01)

Zusammenfassung

Die ukrainische Zivilgesellschaft ist nach dem Maidan vernetzter, pluralistischer und dezentralisierter geworden. Da sie auf öffentliche Sichtbarkeit und gesellschaftliche Interaktion angewiesen ist, aber das öffentliche Leben im Zuge der Coronavirus-Pandemie in der Ukraine stark eingeschränkt wurde, stellt die aktuelle Situation eine besondere Herausforderung für die Zivilgesellschaft des Landes dar. Besonders betroffen sind der kulturelle Sektor sowie soziale und kleinere, lokale Initiativen, deren Arbeit und Engagement durch die Restriktion stark eingeschränkt sind und die vor wirtschaftlichen Problemen stehen. Die folgende Analyse wirft einen Blick darauf, wie die Coronavirus-Pandemie sich auf die aktive Zivilgesellschaft in der Ukraine auswirkt – und wie diese mit den Folgen der Pandemiebekämpfung umgeht.

Einleitung

Seit dem 12. März gilt in der Ukraine eine weitreichende Quarantäneregulation. Wie in zahlreichen anderen Ländern Europas sind Bildungseinrichtungen geschlossen und es bestehen strenge Kontaktsperrungen, welche auch den Aufenthalt auf öffentlichen Plätzen auf ein Minimum reduzierten. Seit dem 12. Mai wurden einige Lockerungen der Einschränkungen eingeführt. So dürfen mittlerweile öffentliche Parks und Grünanlagen, Museen und Bibliotheken wieder betreten werden, und Kioske sowie Gartenrestaurants öffnen. Doch weiterhin sind Treffen von mehr als zwei Personen in der Öffentlichkeit verboten, und Menschen, die über 60 Jahre alt sind, müssen in häuslicher Selbstisolation bleiben. Was für das gesellschaftliche Leben allgemein belastend ist, stellt sich für die Zivilgesellschaft als besondere Herausforderung dar. Zivilgesellschaft ist auf öffentliche Sichtbarkeit, gesellschaftliche Resonanz und vielfältige Interaktionen angewiesen – insbesondere in jenen postsozialistischen Gesellschaften, in denen sich ein aktives Bürgertum erst seit gut drei Jahrzehnten entfalten konnte. Es stellt sich daher die Frage, welche Bedeutung der Corona-Krise für die ukrainische Zivilgesellschaft zukommt. Wo und wie sind deren Akteure besonders betroffen? Kann es gelingen, das vielfältige zivilgesellschaftliche Handeln, das sich insbesondere seit dem Euromaidan herausgebildet hat, aufrecht zu erhalten? Wie kann die ukrainische Zivilgesellschaft die Krise überstehen? Um die Auswirkungen der Pandemie auf die ukrainische Zivilgesellschaft zu verstehen, ist es notwendig, zu fragen, worin ihre spezifischen Schwächen bzw. Verletzlichkeiten bestehen, die von den Maßnahmen betroffen sein könnten. Auf der Basis einer solchen Vulnerabilitäts-Analyse kann dann eine Betrachtung aus der Perspektive der Resilienz erfolgen: Was braucht es, um die (potenziell gefährdeten) Kernelemente zivilgesellschaftlichen Handelns aufrecht

zu erhalten? Worin begründet sich zivilgesellschaftliche Resilienz in der Ukraine angesichts der Pandemie?

Strukturen der ukrainischen Zivilgesellschaft

Die ukrainische Zivilgesellschaft gilt als eine der aktivsten, am stärksten dynamischen Zivilgesellschaften im postsowjetischen Raum. Sie blickt auf eine lange Geschichte des zivilen Aktivismus zurück, denn schon zu Sowjetzeiten gab es in der Ukraine eine starke Dissident*innen-Szene, vergleichsweise hohen zivilen Ungehorsam und auch Proteste – man denke an die Streiks der Bergarbeiter im Donbas Ende der 1980er Jahre. Überproportional viele politische Häftlinge in der SU stammten aus der Ukrainischen SSR. Damit zeigt sich eine besondere Stärke der ukrainischen Zivilgesellschaft im Protest – was zugleich ihre größte Schwäche offenbart, denn der starken Protest-Zivilgesellschaft steht eine eher schwache Beteiligungs-Zivilgesellschaft gegenüber. Den vielen Initiativen, NGOs und sonstigen Vereinigungen ist es bisher kaum gelungen, sich nachhaltig und systematisch in politische Entscheidungsstrukturen einzubringen. Den Charakter der ukrainischen Zivilgesellschaft kann man mit der Formel »Strong moments, weak movements« beschreiben: Aus allen bisherigen ausdauernden, mutigen und breiten Protestwellen ist keine langfristige Bewegung entstanden, gründete sich keine demokratische und in der protestierenden Bevölkerung verankerte Partei wie in anderen postsozialistischen Ländern nach 1989. Die Stärke der Straße und dank der vielen Think Tanks auch kritischen Analyse hat sich nicht hinreichend ins Politische übersetzt. Der politische Raum war und ist von der Zivilgesellschaft mehr oder weniger entkoppelt. Dies änderten auch die unzähligen Programme externer Förderer zur Stärkung der Zivilgesellschaft nicht grundlegend – wenngleich es vor allem dieser Förderung zu verdanken ist, dass Orga-

nisationen und Initiativen mit einer gewissen Kontinuität arbeiten können und zivilgesellschaftliche Akteure selbst untereinander ausgesprochen gut vernetzt sind.

Durch die Revolution der Würde 2013/14 sind zudem zahlreiche lokale Initiativen und informelle Bündnisse von aktiven Bürger*innen entstanden, die der ukrainischen Zivilgesellschaft eine neue Qualität verliehen. Dass zivilgesellschaftliche Akteure in der Ukraine heute als relevante gemeinschaftsbildende Netzwerke und auch als treibende Kraft der Modernisierung und Europäisierung der Ukraine betrachtet werden können, geht in großem Maße auf die Organisation und den Zusammenhalt auf dem Maidan zurück.

Zugleich haben sich zahlreiche Initiativen gebildet, welche die desolate Armee und Freiwilligenverbände, die im Osten der Ukraine in Kämpfe gegen die von Russland unterstützten Paramilitärs eingesetzt waren, mit medizinischem Material, Schutzkleidung, Lebensmitteln und Ausrüstung sowie Spendengeldern unterstützten. Auch in diesen Gruppen entwickelte sich ein in dieser Stärke bislang unbekanntes Muster der Selbstorganisation und Verantwortungsübernahme. Die meisten dieser Initiativen lösten sich im Jahr 2016 wieder auf, als der ukrainische Staat die Verteidigungsaufgaben nach und nach wieder selbst übernehmen konnte. Über die Nachhaltigkeit dieser Gruppen gibt es bislang nur Hypothesen, die von lokalem Empowerment bis hin zur Militarisierung und gestiegenem Patriotismus reichen. Verlässliche Studien hierzu wären dringend nötig.

Schließlich hat sich die kulturorientierte Zivilgesellschaft in der Ukraine seither stark gewandelt. Zahlreiche Künstler*innen, Kurator*innengruppen, Initiativen und Organisationen aus dem Bereich Kunst und Kultur waren in den Maidan-Protesten aktiv und haben sich hier oder durch den Krieg im Donbas und die Annexion der Krim weiterhin politisiert. Seither sind Kunst und Kultur politischer, offener und kritischer geworden. Die freie Kunstszene hat im Gegensatz zum offiziellen, staatlichen Kultursektor an Bedeutung gewonnen und gilt als progressiver Schrittmacher der Gesellschaft. Insbesondere Kunst und Kultur aus und in der Ostukraine erlangten stärkere Aufmerksamkeit als je zuvor; zudem ist das Themenspektrum in der Kunst breiter geworden.

Strukturell ist die ukrainische Zivilgesellschaft also in den letzten Jahren vernetzter, pluralistischer und dezentralisierter geworden. Die neu entstandenen Netzwerke von Aktivist*innen sind wichtig in der Krise, aber zugleich fragil. Die Gefahr, dass insbesondere informelle Bündnisse auseinanderfallen und sich erneut eine Hierarchie der etablierten NGOs einstellt, wie dies vor 2014 der Fall war, ist hoch. Auch Initiativen und Organisationen jenseits der urbanen Zentren könnten gefährdet sein, wenn hier der Austausch schwieriger wird und zugleich

Zeit- und materielle Ressourcen durch die Krise knapper werden und somit bürgerschaftliches Engagement erschweren. Ein weiteres Problem ist es, Resonanz herzustellen, wenn politische Strukturen keine systematische Integration der Zivilgesellschaft vorsehen, öffentliche Aktivitäten aber zumindest in gewohnten Formen unmöglich sind.

Wandel des Aktivitätenprofils in der Krise?

Grundsätzlich bedeutet die Kontaktsperre für alle zivilgesellschaftlichen Aktivitäten einen großen Einschnitt. Zwar könnte es für NGOs, die in größeren Städten angesiedelt sind und die bereits stark digitalisiert und gut vernetzt arbeiten, vergleichsweise leichter sein, Treffen von Aktivist*innen oder das Erarbeiten von Positionen kontaktlos abzuhalten. Für soziale Organisationen, Wohlfahrts-NGOs und kleinere, lokale Initiativen könnte die Arbeit aufgrund der Kontaktbeschränkungen hingegen deutlich schwieriger werden. Und ähnlich wie in Deutschland sind jene Teile der kulturorientierten Zivilgesellschaft – Kulturorganisationen, Galerien, Künstler*innen – mit fehlenden Resonanzräumen sowie wirtschaftlichen Problemen konfrontiert.

Diese potenziellen Hürden für zivilgesellschaftliches Handeln in der Corona-Krise lassen sich derzeit empirisch noch nicht valide beschreiben. In einer Umfrage der *Ilko Kucheriv Democratic Initiatives Foundation (DIF)*, eines sozialwissenschaftlichen Think Tanks aus Kiew, gaben nur etwa 50 Prozent der befragten NGO-Vertreter*innen an, dass die Corona-Krise einen Einfluss auf zivilgesellschaftliches Handeln hätte. Das Niveau zivilgesellschaftlicher Aktivitäten sei durchschnittlich, und auch die Effektivität und Relevanz der Zivilgesellschaft in der Krise erschien aus Sicht der Befragten noch unklar (siehe Grafik 1–3 auf S. 6–8).

In einer weniger empirisch basierten, sondern systematischen Betrachtung, stellt sich daher die Frage, welche konkreten Aktivitäten und Strukturen der Zivilgesellschaft durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie auf welche Weise betroffen sind. Die Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Akteure lassen sich anhand theoretischer Überlegungen zu den Funktionen der Zivilgesellschaft in der Demokratie betrachten. Hier gilt, dass Zivilgesellschaft erstens als Korrektiv formal-politischen und institutionellen Handelns relevant ist, weil Entscheidungen hinterfragt und kritisiert, bürgerliche Freiheitsrechte und Interessen geschützt und Machtstrukturen transparenter gemacht werden. Hierfür ist vor allem Öffentlichkeit im Sinne breit zugänglicher Diskurse sowie das Sichtbarwerden im öffentlichen Raum relevant – Proteste, Straßenkunst, Präsenz in der Öffentlichkeit und in Medien sind Orte dieses zivilgesellschaftlichen Handelns. Aber auch Netzwerke

der Aktivist*innen und Organisationen untereinander sowie zu politischen Akteuren und Institutionen sind zentral, um Forderungen und Expert*innenwissen einbringen zu können und politische wie gesellschaftliche Resonanz zu erzeugen.

Zweitens ist die Funktion der Gemeinschaftsbildung zentral für zivilgesellschaftliches Handeln. Die Formierung politischen Willens und kollektiver Interessen, deren (demokratische) Verhandlung und gemeinwohlorientierte Umsetzung sind grundlegende Pfeiler für den Aufbau von generalisiertem Vertrauen und Sozialkapital. In dieser Perspektive wird Zivilgesellschaft auch als ‚Schule der Demokratie‘ bezeichnet.

Wie stark zivilgesellschaftliche Organisationen von den Corona-Maßnahmen betroffen und in ihren Aktivitäten eingeschränkt werden, hängt also durchaus davon ab, ob sie sich eher als Korrektiv der Politik oder als gemeinschaftsbildende Organisationen verstehen. Erste Beobachtungen aus der oben zitierten Umfrage deuten darauf hin, dass viele NGOs derzeit ihren Fokus verschoben haben und verstärkt in der Information und Aufklärung bezüglich der Pandemie aktiv sind. Die Befragten betonten aber, dass ukrainische NGOs vor allem in der Verteidigung von Bürgerrechten, in der Bereitstellung von Analysen und Reformvorschlägen aktiv werden sollten. Zugleich sprach sich nur eine Minderheit von ca. 20 Prozent der Befragten dafür aus, dass die Zivilgesellschaft aktiv konstruktive Kritik üben solle – in der Krise käme es darauf an, dass zivilgesellschaftliche Akteure und staatliche Institutionen gemeinsam und nicht ‚gegeneinander‘ handelten. In dieser widersprüchlichen Aussage, dass zivilgesellschaftliche Akteure zwar ihre Korrektiv-Funktion wahrnehmen, aber zugleich gemeinsam mit staatlichen Strukturen agieren sollten, zeigt sich die derzeitige Unsicherheit in der ukrainischen Zivilgesellschaft, wie sie sich angesichts der Krise positionieren sollte.

Sowohl die Korrektiv- als auch die Gemeinschaftsfunktion sind auf Öffentlichkeit und Interaktion angewiesen, um ihre Wirkung zu entfalten. Sofern sich diese Öffentlichkeit auf kontaktlose Formate übertragen lässt, können beide Funktionen aufrechterhalten oder sogar intensiviert werden: kritische Diskussionen in Videokonferenzen und Beiträge in Print-, Online- und anderen Medien würden die Korrektiv-Funktion erhalten; Gemeinschaftsaktionen wie Nachbarschaftshilfe und soziale Unterstützung könnten das Sozialkapital fördern. Wenn sich jedoch solche Resonanzräume für zivilgesellschaftliches Handeln nicht herstellen lassen, könnte dies zu einer deutlichen Schwächung der Zivilgesellschaft führen. Dies gilt insbesondere für die nach wie vor relativ entkoppelten Sphären von Politik und Zivilgesellschaft und betrifft damit vor allem die Korrektiv-Funktion.

Resilienz der Zivilgesellschaft?

Um nun die Resilienz der Zivilgesellschaft zu analysieren, sind zwei Schritte nötig. Der erste bezieht sich auf das Gegenstück zur Resilienz, nämlich die Frage nach der spezifischen Vulnerabilität. Wie ich in den vorangegangenen Abschnitten zeigen konnte, beziehen sich die vulnerablen Punkte auf die fragilen informellen Netzwerke, eine schwache Ressourcenbasis und fragile gesellschaftliche wie politische Resonanz entsprechend der funktionalen Ausrichtung als Korrektiv oder Gemeinschaft.

Resilienz bezieht sich im sozialwissenschaftlichen Sinne auf drei Fähigkeiten sozialer Einheiten, unter Beibehaltung zentraler bzw. relevanter Funktionen auf Krisen zu reagieren. Erstens besteht Resilienz in der Fähigkeit, unmittelbar mit Schocks und disruptiven Ereignissen so umgehen zu können, dass die Kernfunktionen der sozialen Einheit nicht beeinträchtigt werden. Zweitens gilt es, sich vorausschauend auf das potenzielle Eintreten von Krisen und disruptiven Ereignissen einzustellen und Strukturen entsprechend anzupassen, sodass die Krise die jeweilige soziale Einheit nicht wirklich beeinträchtigen kann. Drittens geht es um das Transformationspotenzial von gesellschaftlichen Einheiten, welches auf bisherige Krisenerfahrungen aufbaut und in einem langfristigen sozialen Wandel nicht nur den Erhalt, sondern auch die Verbesserung sozialer Gegebenheiten zu erreichen versucht.

Die ukrainische Zivilgesellschaft hat in bisherigen Krisen eine erhebliche Resilienz der ersten Kategorie – des kurzfristigen Umgangs mit Krisen – gezeigt, indem weder langanhaltende Repression noch die aktive Bedrohung von Protesten zivilgesellschaftlichen Aktivismus vermindert hat. Aktuell scheinen die informellen und formellen Netzwerke vor allem unter den Organisationen selbst das zivilgesellschaftliche Engagement zu tragen. Die Kooperation mit politischen Akteuren und die Vernetzung in die Gesellschaft hinein ist aber weiterhin fragil und lückenhaft – und die bereits genannte Umfrage der DIF zeigt, dass NGO-Repräsentant*innen die Verantwortung hierfür vor allem in mangelndem Interesse und Transparenz auf staatlicher Seite sowie in der indifferenten bis desinteressierten Haltung der Bevölkerung sehen. Dies stellt ein problematisches Hindernis für den Aufbau neuer Netzwerke und Resonanzstrukturen dar. Zugleich wird aber unter den befragten Expert*innen die Notwendigkeit gesehen, jetzt zügig neue – digitale – Formate zu etablieren und zugleich die eigenen Aktivitäten den neuen Anforderungen anzupassen. Dies ist zum Teil bereits geschehen, indem NGOs sich stärker für den Schutz vulnerabler sozialer Gruppen einsetzen, Informationen zur Pandemie bereitstellen und damit auch Falschinformationen bekämpfen.

Auch in der zweiten Perspektive, der Anpassung und Antizipation, war die ukrainische Gesellschaft bisher vergleichsweise erfolgreich, da einerseits Netzwerke die Akteure und Organisationen miteinander verbinden, und andererseits die bestehenden Modelle vor allem extern basierter Förderung eine wichtige Basis darstellen. Damit zeigt sich allerdings auch die schwächste Stelle, denn die Abhängigkeit von externer Finanzierung dürfte mittelfristig eher zu- als abnehmen. Wenn dann aufgrund der pandemiebedingten Wirtschaftskrise Fördermittel entfallen, fehlen der ukrainischen Zivilgesellschaft zentrale materielle Ressourcen, die durch individuelle Ressourcen – beispielsweise ehrenamtliche Mitarbeit – kaum kompensiert werden können. Die Ressourcenfrage ist also der kritischste Punkt in einer mittelfristigen Resilienz-Perspektive.

In der dritten, langfristig-transformatorischen Perspektive, müsste es der Zivilgesellschaft besser als bisher gelingen, die eigenen Ressourcen, Wissensbestände und Handlungsrepertoires systematisch an politische und gesellschaftliche Strukturen zu koppeln, um in beiden Bereichen stabile Resonanzräume zu etablieren. Dazu gehören Netzwerke, die unterschiedliche (digitale und präsenzbasiertere) Formate einschließen und die zugleich materielle und Zeitressourcen bereitstellen können, indem beispielsweise ehrenamtliche Arbeit stärker integriert wird.

Zusammengefasst lässt sich festhalten, dass die Zivilgesellschaft in der Ukraine gegenüber politischen Schocks und Umbrüchen resilient ist, da sie den (durchaus disruptiven) sozialen Wandel in ihre Handlungserwartungen und -optionen integriert hat und aufgrund der engen Vernetzung der Aktivist*innen untereinander vielfältige Kommunikations- und Handlungsoptionen aufgebaut hat. Zugleich ist sie aber weniger resilient gegenüber dem potenziellen Wegfall externer Förderung, da es keine eigene Förderinfrastruktur gibt und die Zivilgesellschaft zu großen Teilen aus professionalisierten Organisationen, weniger aus ehrenamtlichem Engagement, besteht. Ebenfalls kritisch zu betrachten ist die Frage der Resonanz und damit der gesellschaftspolitischen Relevanz: Vor allem in der Korrektiv-Funktion droht ein Bedeutungsverlust der Zivilgesellschaft, wenn sie nicht auch in Krisenzeiten eine kritische Stimme gegenüber politischen Strukturen bleiben kann. Wie jedoch die DIF-Umfrage zeigt, sind zivilgesellschaftliche Akteure hier selbst unsicher und sehen sich eher in der Verantwortung, gemeinsam mit staatlichen Strukturen zu agieren.

Folgen für die ukrainische Zivilgesellschaft

Schätzungen zufolge könnte die Hälfte der ukrainischen Bevölkerung durch die Corona-Krise unter die Armutsgrenze rutschen. Was das bedeutet für ein Land, dessen Gesellschaft und auch Wirtschaft noch immer von einem andauernden Krieg geprägt sind, kann man sich

kaum ausmalen. Die ukrainische Wirtschaft hat es nach Jahren der Rezession – bedingt durch die Krim-Annektion und den seit 2014 Krieg – gerade wieder geschafft, in den Wachstumsbereich zu kommen. Diese Erfolge sind nun zunichte gemacht, und es gibt kaum Reserven, um Übergangslösungen zu finanzieren und entstehende soziale Notlagen abzufedern.

Für die Zivilgesellschaft ist dies ein großes Problem. Ehrenamtliches Engagement benötigt zeitliche Ressourcen, die geringer werden, je stärker sich Menschen auf ihre Erwerbsarbeit fokussieren müssen. Insofern ist vor allem ein Einbruch zivilgesellschaftlicher Aktivitäten dort zu erwarten, wo gerade erst ehrenamtliche Arbeit zunahm – in lokalen Initiativen und Bündnissen, in ehrenamtlicher sozialer Arbeit etc.

Inwiefern sich die Strukturen auch in der professionalisierten Zivilgesellschaft ändern, hängt davon ab, ob sich externe Förderer aus Kostengründen zurückziehen oder aber ihre Förderung gleichbleibend aufrechterhalten können. Dennoch könnte eine Auswirkung auf den professionellen NGO-Sektor sein, dass die dort Beschäftigten sich entweder (auch angesichts inflationsbedingt höherer Preise) besser bezahlte Tätigkeiten suchen oder gleich auf ausländische Arbeitsmärkte abwandern.

Als eines der am deutlichsten pro-europäischen Länder in Europa muss die Ukraine weiterhin im Fokus europäischer Bemühungen der Förderung einer pluralistischen, demokratischen Gesellschaft stehen. Konkret bedeutet das, die künftige Förderung stärker an der Herstellung von Resilienz bezüglich der besonders gefährdeten Aspekte der Zivilgesellschaft auszurichten: Netzwerke, Resonanz und Ressourcen. Die Förderung sollte in ihrer quantitativen Dimension mindestens aufrechterhalten, in qualitativer Hinsicht aber angepasst werden: Zivilgesellschaftlichen Organisationen könnte mehr Eigenverantwortung zugestanden werden, wenn Mittel weniger projektspezifisch zugewiesen würden. Vernetzung und Austausch sowohl auf nationaler und internationaler Ebene könnten weiter gefördert werden, indem in alle Kooperationsprogramme eine starke Digitalisierungskomponente eingebaut wird. Und schließlich sollte der Aspekt lokalen Engagements stärker fokussiert werden, da Kommunen und lokale Netzwerke als Schlüssel gesellschaftlicher Resilienz gelten. Konkret bedeutet das, Kommunen auch hinsichtlich ihrer Außenbeziehungen und Städtepartnerschaften so zu unterstützen, dass der Austausch (auch digital) aufrechterhalten wird und transnationale Netzwerke resilienterer Städte und Kommunen in Europa aufgebaut werden können.

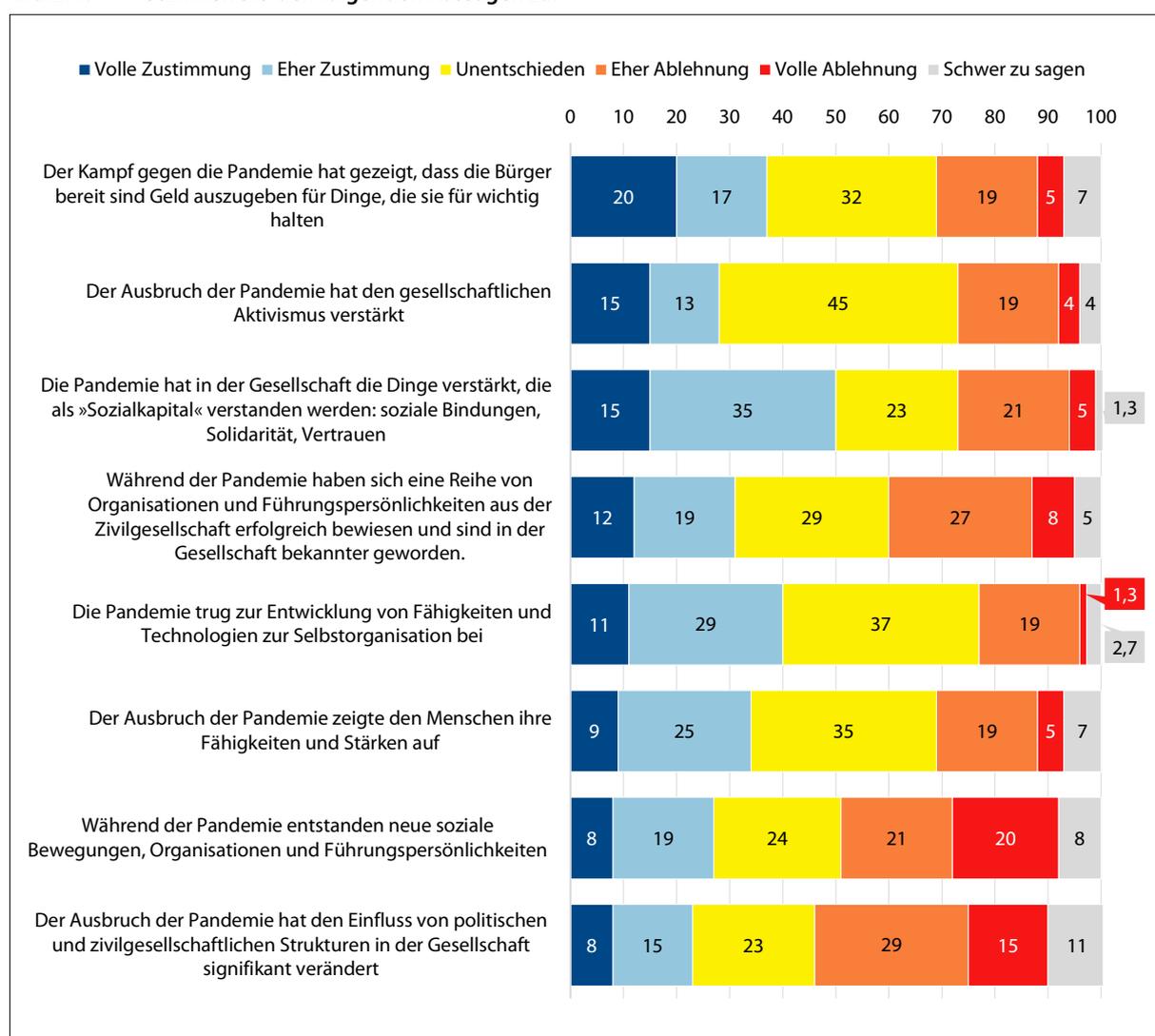
Mitarbeit: Karoline Gil

Informationen über die Autorin finden Sie auf der nächsten Seite.

Über die Autorin

Dr. Susann Worschech ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder). Ihr Forschungsgebiet ist die Politische Soziologie Europas mit einem besonderen Fokus auf Zivilgesellschaft und sozialem Wandel in Mittel- und Osteuropa.. Zuletzt erschien von ihr »Deutsch-ukrainische Kulturbeziehungen: Veränderungen nach dem Euromaidan«.

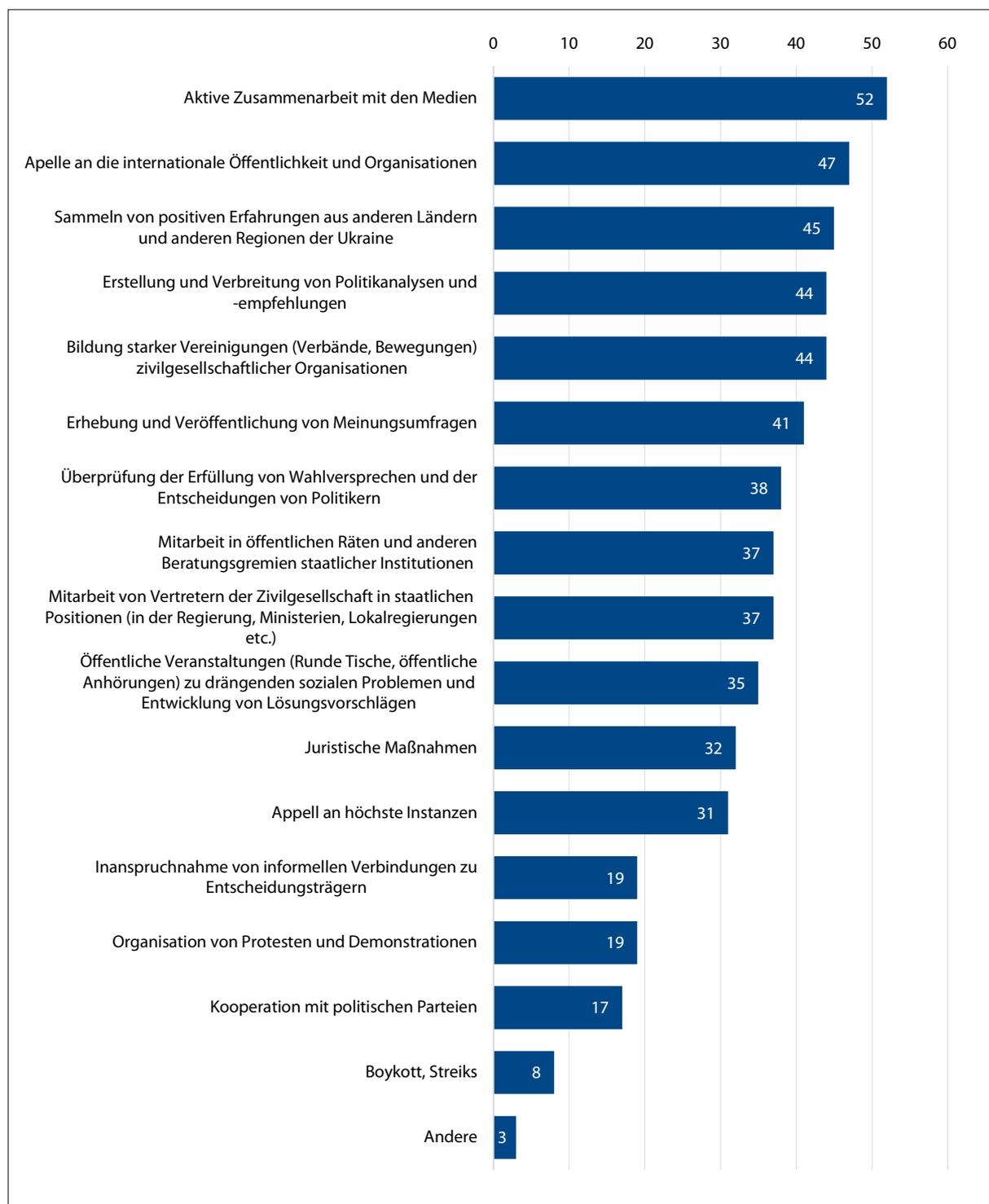
UMFRAGEN

Zivilgesellschaft in Zeiten von Covid-19**Grafik 1: Stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?**

Anmerkung: Die Umfrage wurde zwischen dem 15. April und dem 1. Mai mit 75 Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen durchgeführt.

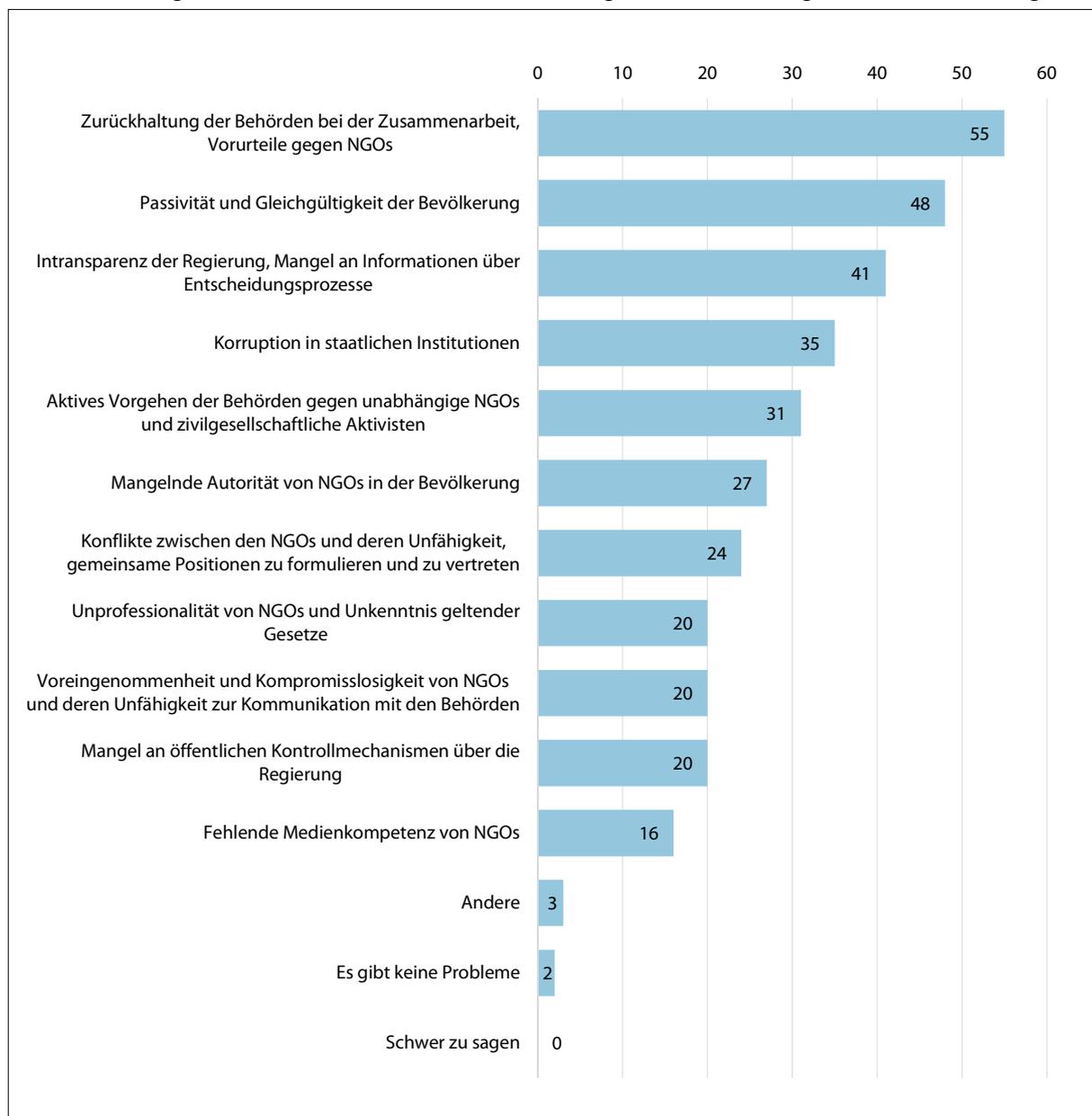
Quelle: Democratic Initiatives Foundation, 12.05.2020, <https://dif.org.ua/en/article/gromadyanske-suspilstvo-v-period-pandemii-yak-vona-vplinula-na-gromadsku-aktivnist>.

Grafik 2: Welche Maßnahmen können zivilgesellschaftliche Organisationen nutzen, um die Regierung am effektivsten zu beeinflussen?



Anmerkung: Die Umfrage wurde zwischen dem 15. April und dem 1. Mai mit 75 Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen durchgeführt.

Quelle: Democratic Initiatives Foundation, 12.05.2020, <https://dif.org.ua/en/article/gromadyanske-suspilstvo-v-period-pandemii-yak-vona-vplinula-na-gromadsku-aktivnist>.

Grafik 3: Die größten Probleme im Verhältnis zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Regierung

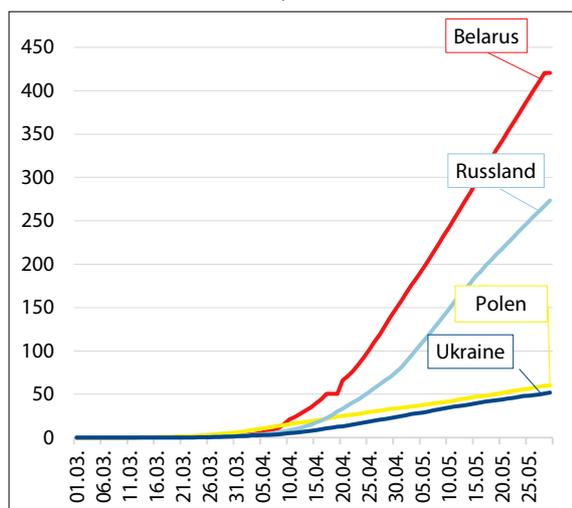
Anmerkung: Die Umfrage wurde zwischen dem 15. April und dem 1. Mai mit 75 Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen durchgeführt.

Quelle: Democratic Initiatives Foundation, 12.05.2020, <https://dif.org.ua/en/article/gromadyanske-suspilstvo-v-period-pandemii-yak-vona-vplinula-na-gromadsku-aktivnist>.

STATISTIK

Die Verbreitung von Covid-19 in der Ukraine

Grafik 1: Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (Fälle pro 100.000 Einwohner, 1. März – 29. Mai 2020)



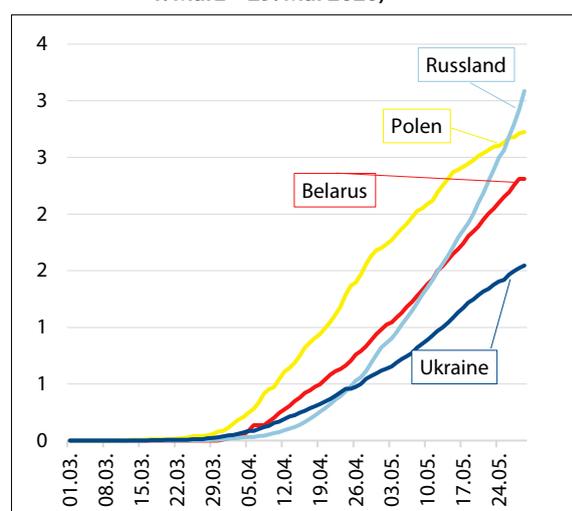
Für die Zahlen vom 01.03.–14.05.2020 siehe Ukraine-Analysen 233, S. 8 und Ukraine-Analysen 234, S. 22.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 29.05.2020, 13:32 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

Tabelle 1: Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (Fälle, 15. – 29. Mai 2020)

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
15.05.	27.730	18.016	262.843	17.330
16.05.	28.681	18.257	272.043	17.858
17.05.	29.650	18.529	281.752	18.291
18.05.	30.572	18.885	290.678	18.616
19.05.	31.508	19.268	299.941	18.876
20.05.	32.426	19.739	308.705	19.230
21.05.	33.371	20.143	317.554	19.706
22.05.	34.303	20.619	326.448	20.148
23.05.	35.244	20.931	335.882	20.580
24.05.	36.198	21.326	344.481	20.986
25.05.	37.144	21.631	353.427	21.245
26.05.	38.059	22.074	362.342	21.584
27.05.	38.956	22.473	370.680	21.905
28.05.	39.858	22.825	379.051	22.382
29.05.	39.858	22.964	387.623	22.811

Grafik 2: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (Todesfälle pro 100.000 Einwohner, 1. März – 29. Mai 2020)



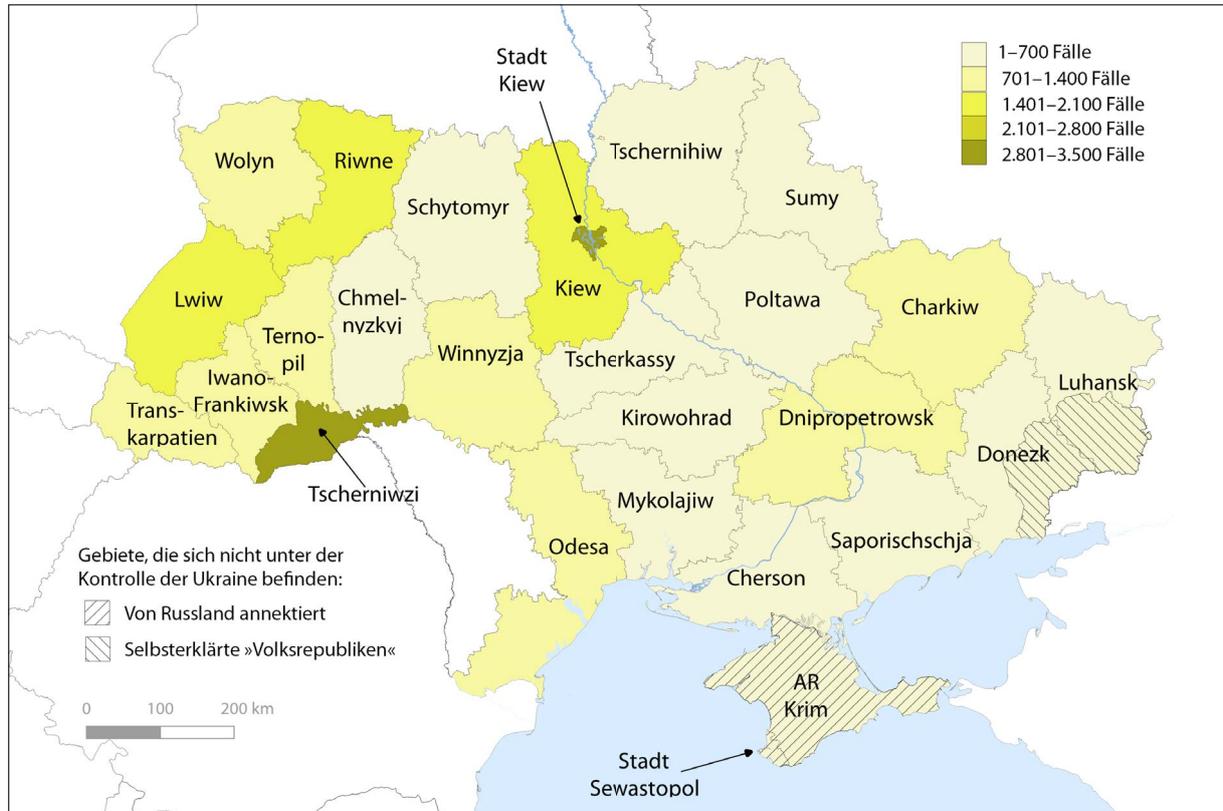
Für die Zahlen vom 01.03.–14.05.2020 siehe Ukraine-Analysen 233, S. 9 und Ukraine-Analysen 234, S. 22.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 29.05.2020, 13:32 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

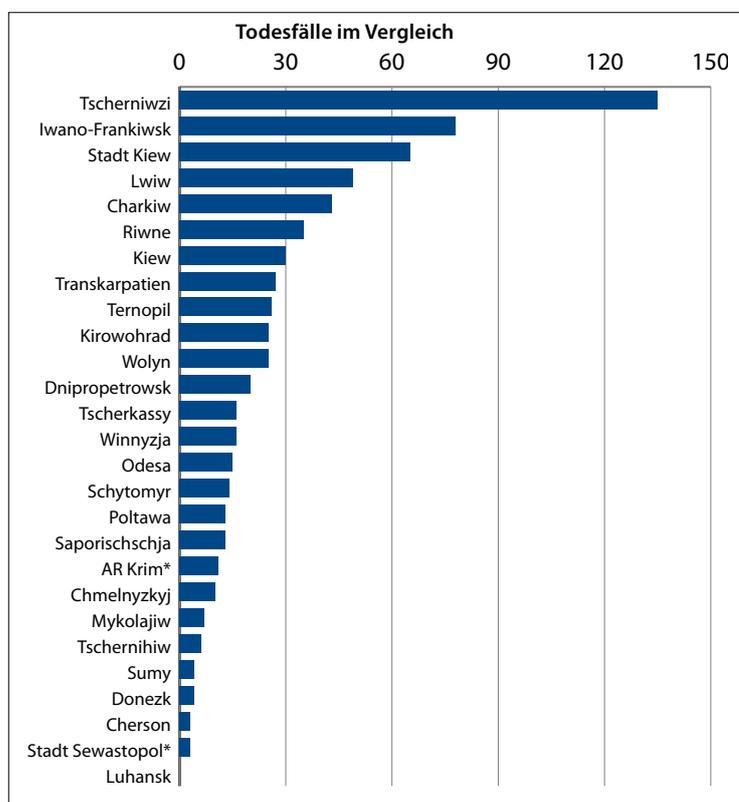
Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (15. – 29. Mai 2020)

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
15.05.	156	907	2.418	476
16.05.	160	915	2.537	497
17.05.	165	925	2.631	514
18.05.	171	936	2.722	535
19.05.	175	948	2.837	548
20.05.	179	962	2.972	564
21.05.	185	972	3.099	579
22.05.	190	982	3.249	588
23.05.	194	993	3.388	605
24.05.	199	996	3.541	617
25.05.	204	1.007	3.633	623
26.05.	208	1.024	3.807	644
27.05.	214	1.025	3.968	658
28.05.	219	1.038	4.142	669
29.05.	219	1.043	4.374	679

Grafik 3: Regionale Verteilung der Covid-19-Infektionen



Region	Fälle	Todesfälle
Charkiw	1.011	43
Cherson	177	3
Chmelnyzkyj	407	10
Dnipropetrowsk	930	20
Donezk	158	4
Iwano-Frankiwsk	1.360	78
Kiew	1.535	30
Stadt Kiew	2.849	65
Kirowohrad	503	25
Luhansk	46	0
Lwiw	1.563	49
Mykolajiw	284	7
Odesa	878	15
Poltawa	268	13
Riwne	1.628	35
Saporischschja	431	13
Schytomyr	694	14
Sumy	167	4
Ternopil	1.145	26
Tscherkassy	401	16
Tschernihiw	150	6
Tscherniwzi	3.259	135
Transkarpatien	1.147	27
Winnyzja	957	16
Wolyn	863	25
AR Krim*	369	11
Stadt Sewastopol*	161	3



* inoffizielle Daten

Quelle: <https://www.pravda.com.ua/cdn/covid-19/cpa/>, Stand: 29.05.2020 08:58 Uhr.

Covid-19-Chronik, 11. Mai – 25. Mai 2020

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle / Todesfälle*	Ereignis
12.05.2020	16.023 / 425	Die Stadt Kiew, die in der Ukraine besonders betroffen ist von der Pandemie, hebt einige Beschränkungen auf. Ab sofort dürfen u. a. Außenbereiche von Cafés und Restaurants wieder öffnen, ebenso öffentliche Parks und Plätze, Geschäfte mit einer Fläche unter 300 m ² und Frisöre. Pro 10m ² darf sich eine Person aufhalten.
		Premierminister Denys Schmyhal teilt mit, dass auch nach dem 22. Mai, dem Ende des Lockdowns, bestimmte Quarantänemaßnahmen in Kraft sein werden. Die volle Aufhebung der Maßnahmen werde erst beschlossen, wenn es ein Mittel gegen Covid-19 gebe, so Schmyhal.
		In Kiew, Charkiw, Lwiw, Odessa und 21 weiteren Städten erleuchten Hunderte Lichtstrahlen den Nachthimmel, um auf den Kunst- und Kulturbetrieb aufmerksam zu machen, der seit Beginn der Quarantäne vor zwei Monaten praktisch zum Erliegen gekommen ist. Die mehr als 250.000 Menschen, die in diesem Bereich tätig sind, trifft die Corona-Pandemie besonders hart, weil ein Großteil von ihnen ihrer Arbeit nicht mehr nachgehen kann und damit vor großen wirtschaftlichen Problemen steht.
		Laut dem Wirtschaftsministerium haben knapp 7.000 Unternehmen Anträge auf finanzielle Hilfen gestellt. Rund 1.700 Anträge seien bisher bewilligt worden, was die Bezahlung von mehr als 25.000 Beschäftigten ermöglicht. Das staatliche Hilfsprogramm im Umfang von 4,7 Mrd. Hrywnja (ca. 160 Mio. Euro) dient der Unterstützung von Kleinen und Mittleren Unternehmen, damit diese ihre Mitarbeiter bezahlen und nicht kündigen müssen.
13.05.2020	16.425 / 439	Der Parlamentsvorsitzende der Werchowna Rada, Dmytro Rasumkow, gibt bekannt, dass das Parlament ab dem 18. Mai seine Arbeit wieder regulär aufnehmen werde.
		Der Bürgermeister von Kiew, Witalij Klitschko, fordert, dass die Metro der Stadt wieder öffnen dürfe. In den Straßen der Hauptstadt komme es zu großen Staus, weil die Menschen infolge gelockerter Maßnahmen wieder vermehrt in der Stadt unterwegs sind, aber die U-Bahn noch nicht in Betrieb ist und viele Menschen auf Autos ausweichen müssen.
		Im Zentrum Kiews protestieren Busfahrer aus verschiedenen Regionen des Landes und fordern die Behörden auf, den inländischen und internationalen Busverkehr wiederherzustellen.
15.05.2020	17.330 / 476	An einem Internat in Kiew wird ein neuer Covid-19-Ausbruch bekannt: 81 Personen, darunter 53 Schüler, wurden positiv auf das Virus getestet, berichtet das Nachrichtenportal hromadske.
		Das Europäische Parlament stimmt für ein Darlehen in Höhe von 1,2 Milliarden Euro, das der Ukraine bei der Überwindung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Coronavirus-Pandemie helfen soll. Die Mittel werden in den nächsten zwölf Monaten in zwei Raten zur Verfügung gestellt und müssen innerhalb von 15 Jahren zurückgezahlt werden.
16.05.2020	17.858 / 497	Gesundheitsminister Maxym Stepanow teilt mit, dass innerhalb der letzten 24 Stunden 433 mit Covid-19 infizierte Menschen als genesen gemeldet wurden, was ein neuer Höchstwert ist.
18.05.2020	18.616 / 535	Das ukrainische Gesundheitsministerium plant, den Besuch von Stränden zu erlauben. Das Ministerium geht davon aus, dass Meerwasser und Sonnenstrahlen die Ausbreitung von Covid-19 hemmen. »Deshalb sollte es erlaubt werden, die Badesaison in der Ukraine zu eröffnen«, so der leitende Sanitätsarzt des Landes, Wiktor Ljaschko.
		Das Staatliche Statistikkomitee veröffentlicht neue Zahlen, denen zufolge das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2020 im Vergleich zum Vorjahr um 1,5 Prozent zurückgegangen sei. Die Nationalbank der Ukraine rechnet für das zweite Quartal mit einem Einbruch von 11,3 Prozent und für das gesamte laufende Jahr mit 5 Prozent.

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle / Todesfälle*	Ereignis
19.05.2020	18.876 / 548	Der ukrainische Gesundheitsminister Maxym Stepanow gibt die Einführung einer »adaptiven Quarantäne« bekannt, bei der zukünftig alle zehn Tage über die Abschwächung der Quarantänebeschränkungen entschieden werden soll. Lockerungen sollen auf der Grundlage von drei Indikatoren – der Zahl der neuen Coronavirus-Infektionen der letzten sieben Tage, der Zahl der belegten Krankenhausbetten und der Zahl der durchgeführten Tests – beschlossen werden. Die nächsten Stufen der Lockerungen sollen demnach am 22. Mai sowie am 1., 10. und 21. Juni bekanntgegeben werden.
20.05.2020	19.230 / 564	<p>Das Ministerkabinett beschließt im Rahmen der »adaptiven Quarantäne« neue Regelungen, die vom 22. Mai bis zum 22. Juni gelten sollen. Die Restriktionen sollen dabei regional unterschiedlich an die epidemiologische Situation vor Ort angepasst sein. Weiterhin beschließt das Ministerkabinett, ab dem 22. Mai den öffentlichen Nah- und Regionalverkehr wieder zu öffnen, Hotels (ohne Restaurantbetrieb) zu öffnen, Sportwettkämpfe mit bis zu 50 Personen (ohne Zuschauer) zuzulassen und Gottesdienste zu erlauben (mit der Einschränkung von einer Person pro 10m²). Ab dem 25. Mai sollen die U-Bahnen sowie die Kitas wieder geöffnet werden. Ab dem 1. Juni soll der landesweite Zugverkehr seinen Betrieb wiederaufnehmen und ab dem 15. Juni der Flugverkehr.</p> <p>Anlässlich seines ersten Jahres als Präsident gibt Wolodymyr Selenskyj eine große Pressekonferenz und teilt mit, dass die Quarantänebeschränkungen innerhalb eines Monats aufgehoben werden könnten unter der Bedingung, dass es keine zweite Welle an Infektionen gebe.</p> <p>Laut Innenminister Arsen Awakow sollen die Grenzen für PKWs an 66 Grenzposten zu den Nachbarländern Polen, Ungarn, Rumänien, Moldau und in die Slowakei am kommenden Wochenende wieder geöffnet werden. Die Grenze zu Russland, das die Einreise für Ausländer wegen Covid-19 weiterhin verbietet, bleibt geschlossen und der Grenzverkehr zu Belarus bleibt eingeschränkt. Auch der internationale Busverkehr soll wieder zugelassen werden, allerdings nicht in besonders stark betroffene Regionen wie Tscherniwzi oder Riwne. Personen, die in die Ukraine einreisen, müssen sich einer zweiwöchigen Quarantäne unterziehen.</p>
21.05.2020	19.706 / 579	<p>Einer Analyse der Kyiv School of Economics zufolge könnte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Ukraine aufgrund der Covid-19-Pandemie und der wirtschaftlichen Folgen der Quarantänebeschränkungen im schlimmsten Fall 53,5 Milliarden Dollar verlieren. Das entspräche etwa einem Drittel des gesamten BIP der Ukraine, das zuletzt bei rund 150 Milliarden US-Dollar lag.</p> <p>Die Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie werden sich drastisch auf die Gesellschaft und die Wirtschaft des Landes auswirken und mehr Familien in die Armut treiben, so das Ministerium für Sozialpolitik. Experten des Ministeriums schätzen, dass die Zahl der ukrainischen Haushalte unterhalb oder nahe der offiziellen Armutsgrenze im laufenden Jahr auf 45 Prozent wachsen könnte.</p>
22.05.2020	20.148 / 588	In der Stadt und in der Region Kiew sowie elf weiteren Regionen des Landes – Wolhynien, Dnipropetrowsk, Donezk, Luhansk, Lwiw, Mykolajiw, Poltawa, Riwne, Chmelnyzkyj, Tscherniwzi und Transkarpatien – tritt die neue Stufe mit den Lockerungen der Quarantänemaßnahmen wegen der epidemiologischen Situation nicht in Kraft.
25.05.2020	21.245 / 623	<p>Die drei U-Bahnen des Landes in Kiew, Charkiw und Dnipro nehmen nach einer zehnwöchigen Schließzeit wieder ihren Betrieb auf. Fahrgäste müssen Gesichtsmasken tragen und sollen nach Möglichkeit Abstand zu anderen Personen halten. Die Bewohner sind angehalten, die Metro nur wenn nötig zu nutzen, um z. B. zur Arbeit zu kommen. Es soll weiterhin sporadische Fiebermessungen geben und die Polizei ist berechtigt, Eingänge und Rolltreppen zu schließen, sollten sich zu große Menschenmassen ansammeln.</p> <p>Die Nationalbank der Ukraine rechnet aufgrund der Coronavirus-Pandemie in diesem Jahr mit einem Rückgang der Rücküberweisungen aus dem Ausland um 17 Prozent, auf ca. 10 Mrd. US-Dollar. Schätzungen zufolge werden alleine aus Polen, wo rund eine Million Ukrainer arbeiten, etwa 30 Prozent weniger Rücküberweisungen in die Ukraine fließen.</p>

*Quelle: Johns Hopkins Universität.

Zusammenstellung von Dr. Eduard Klein.

RATING

Oligarchen im Forbes-Rating 2019

Tabelle 1: Ukrainische Milliardäre in der Forbes-Liste 2019

Rang National	Name	Alter	Vermögen in Mrd. US-Dollar	Branche	Unternehmen
1	Rinat Achmetow	53	2,8	Energie, Metallurgie	System Capital Management (DTEK; Metinvest)
2	Wiktor Pintschuk	59	1,4	Metallurgie	Interpipe
3	Petro Poroschenko	54	1,4	Nahrungsmittelindustrie	Roshen
4	Oleksandr & Halyna Gerega	52 / 60	1,43	Handel	Epizentr-K (Baumärkte)
5	Hennadij Boholjubow	58	1,2	Finanzen	Privat-Gruppe
6	Jurij Kossjuk	52	1,1	Agrar, Nahrungsmittel	MHP
7	Kostjantyn Schewaho	46	1,1	Metallurgie	Ferrexpo
8	Ihor Kolomojskij	57	1	Finanzen, Energie	Privat-Gruppe

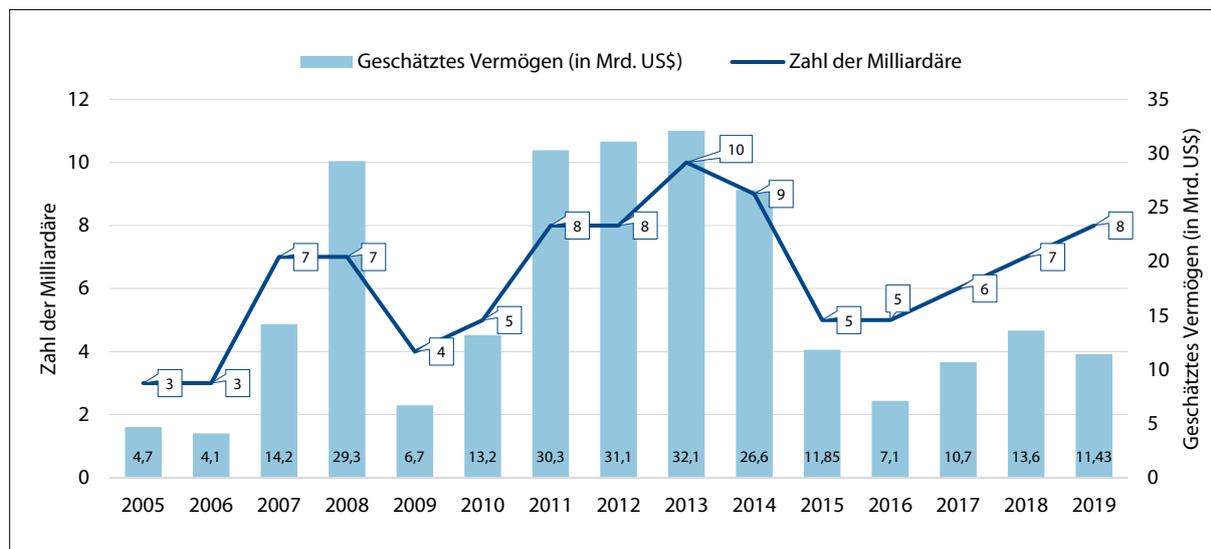
Quelle: Forbes, 28.05.2020, <https://www.forbes.ru/liiardery-photogallery/401551-ukrainskiy-forbes-vpervye-s-2016-goda-nazval-100-bogateyshih?photo=8>

Tabelle 2: Ukrainische Milliardäre in der Forbes-Liste 2018

Rang International	Rang National	Name	Alter	Vermögen in Mrd. US-Dollar	Unternehmen
334	1	Rinat Achmetow	51	5,5	System Capital Management
1.477	2	Kostjantyn Schewaho	44	1,6	Ferrexpo
1.561	3	Jurij Kossjuk	49	1,5	Mironowskij Chleboprodukt
1.650	4	Wiktor Pintschuk	57	1,4	Eastone
1.867	5	Hennadij Boholjubow	56	1,2	Privat-Gruppe
2.124	6	Ihor Kolomojskij	55	1,0	Privat-Gruppe
2.124	7	Wadym Nowynskij	54	1,0	Smart Holding

Quelle: The World's Billionaires – Forbes, <https://www.forbes.com/billionaires/#4149b764251c>

Grafik 1: Ukrainische Milliardäre in der Forbes-Liste, 2005–2019



Quellen: Ukraine-Analysen 169, 184 und 214 für die Jahre 2005–2018, <https://www.forbes.ru/liiardery-photogallery/401551-ukrainskiy-forbes-vpervye-s-2016-goda-nazval-100-bogateyshih?photo=8> für das Jahr 2019.

11. – 25. Mai 2020

11.05.2020	Der russische Service der BBC berichtet, dass Leonid Chartschenko, einer der Hauptangeklagten im Prozess der abgeschossenen MH17 über der Ostukraine, zwei Tage nach dem Prozessbeginn in Den Haag von den lokalen Behörden im besetzten Donezk festgenommen wurde und sich seither in Haft befindet. Laut BBC wollen die pro-russischen Separatisten dadurch verhindern, dass Chartschenko vom ukrainischen Geheimdienst SBU entführt werden kann. 2019 gelang dem SBU in einer spektakulären Aktion die Rückholung von Wolodymyr Zemach, der ebenfalls in den Abschuss verwickelt sein soll und anschließend von den ukrainischen Behörden verhört werden konnte.
13.05.2020	Das Parlament verabschiedet ein Bankengesetz, das in der Öffentlichkeit als »Anti-Kolomojskij-Gesetz« bekannt ist und die Rückgabe verstaatlichter Banken an ihre ehemaligen Besitzer verhindert.
14.05.2020	Das Möbelkaufhaus IKEA eröffnet einen Online-Shop in der Ukraine. Für 2019 war die Eröffnung der ersten Filiale in der Ukraine in Kiew geplant, musste jedoch auf unbestimmte Zeit verschoben werden, da der Shopping-Komplex noch nicht fertiggestellt wurde. IKEA wollte in den vergangenen 15 Jahren mehrfach auf den ukrainischen Markt expandieren, rückte wegen Bestechungsforderungen, die das Unternehmen prinzipiell ablehnt, jedoch immer wieder davon ab.
14.05.2020	Per Dekret verlängert Präsident Wolodymyr Selenskyj das Verbot russischer Internet-Services, darunter die populären sozialen Netzwerke VK, Odnoklassniki, den Mailanbieter Mail.ru sowie die Suchmaschine Yandex bis 2023. Das Verbot wurde im April 2017 von Selenskyjs Vorgänger Petro Poroschenko verhängt, um gegen russische Propaganda im Internet vorzugehen. Vor dem Verbot kamen mit VK, Yandex und Mail.ru drei der fünf populärsten Websites in der Ukraine aus Russland. Seither sind diese Seiten nur noch über Umwege wie VPN-Verbindungen oder spezielle Browser wie Tor zugänglich.
18.05.2020	Am heutigen Gedenktag für die Opfer des Völkermords an den Krimtataren macht Präsident Wolodymyr Selenskyj zwei zentrale islamische Feiertage – das Opferfest Eid ul-Adha sowie das Fastenbrechen Eid al-Fitr zu staatlich-religiösen Feiertagen. Dadurch erhöht sich die Anzahl der staatlichen Feiertage in der Ukraine auf 13.
18.05.2020	Laut einer repräsentativen Meinungsumfrage der Rating-Agentur sind 37 Prozent der Ukrainer mit dem ersten Amtsjahr von Präsident Wolodymyr Selenskyj »zufrieden«, 27 Prozent bewerten seine Arbeit als »gut« und 4 Prozent als »exzellent«, was zusammengenommen 68 Prozent ergibt, die Selenskyjs Arbeit grundsätzlich positiv bewerten. 19 Prozent bewerten sein erstes Jahr als »ungenügend« und 12 Prozent als »schrecklich«, womit die Kritiker insgesamt auf 31 Prozent kommen. Menschen unter 30 und Bewohner aus dem Westen und Süden bewerten ihn dabei besser als Bewohner aus dem Osten und aus Großstädten sowie Personen über 49 Jahre, die ihm ein schlechteres Zeugnis ausstellen. Besonders positiv wird seine Leistung im Umgang mit der Coronavirus-Pandemie sowie der mehrfache Gefangenen austausch gesehen, während der Umgang mit den Oligarchen, die Land- und die Medizinreform, der Kampf gegen die Korruption, die wirtschaftliche Entwicklung sowie der Friedensprozess im Donbas negativ bewertet werden.
19.05.2020	Der Abgeordnete Andrij Derkatsch, der sich zuvor mit dem Anwalt von US-Präsident Donald Trump, Rudy Giuliani, getroffen hat, veröffentlicht Mitschnitte von angeblichen Telefongesprächen zwischen dem ehemaligen US-Vizepräsidenten Joseph Biden und dem ehemaligen ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko. Die Aufnahmen sollen belegen, dass Biden und der US-Investor George Soros unzulässigen Einfluss auf die ukrainische Regierung unter Poroschenko ausgeübt haben sollen und dass die Ukraine unter »externer Kontrolle« stehe. Zahlreiche ukrainische Journalisten sehen die angeblich neuen Beweise als haltlos an.
20.05.2020	Anlässlich seines Amtsantritts vor einem Jahr gibt Präsident Wolodymyr Selenskyj eine große Pressekonferenz. Zu den zentralen Themen zählen die Lage im Donbas, die Bekämpfung der Covid-19-Pandemie, Reformen und Selenskyjs Personalpolitik. Außerdem gibt Selenskyj bekannt, eine Wiederwahl, sofern es in der Bevölkerung Unterstützung dafür gebe, nicht mehr auszuschließen, da eine Amtszeit nicht genüge, um alle Probleme im Land anzugehen. Im Wahlkampf vor einem Jahr hatte Selenskyj stets betont, nicht erneut kandidieren zu wollen.
20.05.2020	Oberst Serhij Gubanow, seit 2015 Kommandant des Polizei-Sondereinsatzbataillons Luhansk-1, kommt im Gebiet Luhansk ums Leben, als sein Fahrzeug nahe der Frontlinie über eine Landmine fährt und explodiert. Drei weitere Personen kommen mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus.

21.05.2020	Der wegen Mordes angeklagte ehemalige Außenminister Leonid Koschara wird nach Zahlung einer Kaution in Höhe von 2,1 Millionen Hrywnja freigelassen. Koschara, der die Anschuldigungen bestreitet, wurde im März unter dem Vorwurf des Mordes am Geschäftsmann Serhij Staryzkyj, der im Februar in Koscharas Haus ermordet wurde, verhaftet. Der Kiewer Staatsanwaltschaft zufolge sollen Koschara und Starytsky Alkohol getrunken und sich gestritten haben, wobei Koschara Starytsky zunächst auf den Hinterkopf stieß und ihm dann in den Kopf schoss. Im März behauptete Koscharas Frau Maryna Koserod, Staryzkyj ermordet zu haben, wurde jedoch wegen Falschaussage angeklagt. Sollte Koschara für schuldig befunden werden, droht ihm eine Haftstrafe zwischen sieben und 15 Jahren.
21.05.2020	Präsident Wolodymyr Selenskyj unterzeichnet das sog. Anti-Kolomojskyj-Gesetz. Damit ist der Weg frei für einen milliarden schweren Hilfskredit des IWF, der zur Stützung der ukrainischen Wirtschaft aufgrund der wirtschaftlichen Implikationen der Coronavirus-Pandemie dringend benötigt wird.
21.05.2020	Der Internationale Währungsfonds (IWF) teilt mit, dass die Ukraine und der IWF sich auf Mitarbeiterebene auf ein neues »Stand By«-Kreditprogramm in Höhe von 5 Milliarden US-Dollar mit einer Laufzeit von 18 Monaten geeinigt haben. In der kommenden Woche werde der Exekutivrat des IWF final über das Kreditprogramm abstimmen. Die Ukraine rechnet laut Finanzminister Serhij Martuschenko noch im Mai mit der ersten Kredittranche.
23.05.2020	Der unabhängige Abgeordnete Waleryj Dawydenko (47) wird tot im Badezimmer seines Büros im Zentrum Kiews mit einer Schusswunde am Kopfaufgefunden. Neben seiner Leiche wird eine Waffe entdeckt. Die genauen Umstände des Todes des Agrarpolitikers, der (nach 2014 zum zweiten Mal) per Direktmandat aus seiner Heimatregion Tschernihiw in das Parlament gewählt wurde, sind unklar.
24.05.2020	Auf dem Maidan in Kiew demonstrieren laut Polizeiangaben rund 1.000 Personen der »Bewegung gegen die Kapitulation«, darunter Vertreter des rechtsextremen »Nationalen Corps« und der Partei »Swoboda«, gegen die Politik von Präsident Wolodymyr Selenskyj. Die Demonstrierenden fordern Selenskyj unter anderem dazu auf, seine »Politik der Kapitulation« vor Russland zu beenden und den Leiter des Präsidentenbüros, Andrij Jermak, der für diesen Kurs mitverantwortlich sei, zu entlassen.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Dr. Eduard Klein

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)
 Chronik: Dr. Eduard Klein
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1862-555X © 2020 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
 Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
 e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>